

Fraktionsantrag	Vorlagen-Nr.: VO/5517/2017
	Status: öffentlich
	Datum: 04.04.2017
Antragstellende Fraktion/en: Marburger Linke	

Beratungsfolge:		
Gremium	Zuständigkeit	Sitzung ist
Magistrat	Stellungnahme	Nichtöffentlich
Haupt- und Finanzausschuss	Vorberatung	Öffentlich
Stadtverordnetenversammlung	Entscheidung	Öffentlich

Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Entschädigung von Fahrgästen im Falle eines Streiks

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt Marburg spricht sich grundsätzlich dafür aus, dass Inhaber/innen von Monats- und Jahreskarten für den Busverkehr im Falle eines Streiks bei der Marburger Verkehrsgesellschaft (MVG) entschädigt werden.

Die Stadtverordnetenversammlung bittet den Oberbürgermeister, sich im Aufsichtsrat des Rhein-Main-Verkehrsverbunds (RMV) dafür einzusetzen, dass dessen Beförderungsbedingungen entsprechend so geändert werden, dass Inhaber/innen von Monats- und Jahreskarten entschädigt werden.

Begründung:

Für viele Inhaber/innen von Zeitkarten, die auf die Nutzung des ÖPNV angewiesen sind, ist es nicht nachvollziehbar, dass sie im Falle eines Streiks nicht entschädigt werden. Zuständig für die Regelung ist der RMV. Anders als der NVV entschädigt der RMV seine Fahrgäste bisher nicht. Im Interesse der Fahrgäste sollte diese Verfahrensweise dringend geändert werden.

Jan Schalauske
Elisabeth Kula

Renate Bastian
Roland Böhm

Henning Köster-Sollwedel
Jonathan Schwarz